

## „Bundeswehr gehört nicht in die Mitte der Gesellschaft“

hat weitere Reaktionen ausgelöst!

OP vom 04.01.2020

# Habe die unhaltbaren Unterstellungen satt

Erwiderung zum Leserbrief von Frau Karin Schwalm vom 20.12.2019 bezogen auf den Artikel vom 12.12.19 „Soldaten beschenken Kinder“:

Jetzt reicht es, da erdreistet sich eine anscheinend in der Sache völlig ahnungslose Person, die demokratisch legitimierte Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mit irgendwelchen Milizen aus anderen Kulturkreisen zu vergleichen.

Nichts anderes, werte Frau Schwalm, stellt ihre Aussage dar, Soldaten gehörten nicht in die Mitte der Gesellschaft, ja würden in der Ausübung ihres Dienstes Kinder traumatisieren. Dies ist eine Herabwürdigung sondergleichen von Frauen und Männern, die im Auftrag der Bundesrepublik

Deutschland ihren schweren, teils lebensgefährlichen Dienst in den unterschiedlichsten Auslandseinsätzen leisten. Übrigens ein Dienst, der gerade die Übergriffe auf Zivilbevölkerung verhindern soll.

Ich als ehemaliger Berufssoldat der Bundeswehr mit Einsätzen in Bosnien und Afghanistan habe es satt, wie sicherlich auch das Gros ehemaliger Soldaten und zurzeit Dienender, mir solche unhaltbaren Unterstellungen kommentarlos gefallen zu lassen. Ich weiß nicht ob die Verfasserin, außer sehr häufig an diversen Demonstrationen teilzunehmen, jemals etwas produktives für unser Land, in dem sie doch so sicher lebt, getan hat.

Im Grunde interessiert es mich auch nicht, aber selbst wenn sich Frau Schwalm in irgendeiner Art und Weise engagiert hat, so steht es ihr

sicherlich nicht zu, mehr als 180 000 der Bundesrepublik treu dienende Frauen und Männer, Eltern, Söhne und Töchter, Verwandte und Freunde unterschiedlichster Herkunft und Religion sowie deren Familien in dieser schäbigen Art zu verunglimpfen.

Selbstverständlich gehört die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft, denn aus dieser Mitte kommen die Soldatinnen und Soldaten.

Nach meinem Dafürhalten stellt sich eher Frau Schwalm an den Rand unserer Gesellschaft, vielmehr wäre es an der Zeit, dass sich mehr Stimmen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik hinter die Frauen und Männer unserer Bundeswehr, die übrigens auch jetzt über die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel ihren Auftrag erfüllen, stellen.

Gerd Althainz,  
Kirchhain

# Demokratie: sicher ist sicher

Noch eine Reaktion auf den Leserbrief von Frau Schwalm:

Soldaten der Division Schnelle Kräfte (DSK) beschenken Kinder. Liegt ein Krisenfall vor? Ein Angriff? Eine Naturkatastrophe?

Alles: nein. Eine Inszenierung der Menschlichkeit militärischer Kräfte. Hieraus entflammte eine anregende Debatte, zu der ich vor allem Fragen statt einfache, schnell falsche, Antworten beitragen möchte. Zunächst ein kleiner Ritt durchs Grundgesetz:

Art. 87a GG (1): „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. [...]“

(2) „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, so weit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Ein Einsatz im Rahmen der Nato wird durch eine Leitentschei-

dung vom Bundesverfassungsgericht von 1994 mit Art. 21 GG (2) „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“ bislang verfassungsrechtlich gestützt.

Noch eins, Art. 26 GG (1): „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Nun zu den Fragen, die sich daraus ergeben: Von wem wird Deutschland bedroht? Ein Hackerangriff an der Uni

Gießen und für einige Wochen, auf unbestimmte Zeit, ist alles platt. Die Infrastruktur(en), wie können die verteidigt werden?

Neun direkte Nachbarn, wie könnte Deutschland verteidigt werden?

Kann Gewalt Frieden schaffen? Falls ja, unter welchen Bedingungen? Reformuliert: Kann der Bruch mit Menschenrechten Menschenrechte wahren? Zumindest eine These zum Abschluss: Die Demokratie schützen die deutschen Streitkräfte nicht. Allenfalls sorgten sie – mit Waffen, falls das geht – für Sicherheit, die Demokratie ermöglicht.

Demokratie, die Herrschaft des Volkes, das müssen wir dann schlicht selber machen. Und vielleicht kann eine funktionierende Demokratie mehr sichern als jede militärische Gewalt?

Sara Müller,  
Marburg

OP 21.01.20

## Bundeswehr: Sachliche Diskussion tut not

Leserbrief als Reaktion auf die Leserbrief von Herbert Nickel, Gerd Althainz und Sara Müller vom 4.1.2020:

Die Leserbriefe der Herren Nickel und Althainz sowie von Frau Müller gehen in unterschiedlicher Weise ein auf Karin Schwalm's Forderung: „Die Bundeswehr gehört nicht in die Mitte der Gesellschaft“. Recht hat sie. Daran ändern auch die Äußerungen der oben genannten drei nichts. Welch ein Niveau, welches einem da aufgezungen wird.

Während sich Frau Müller noch bemüht, ihre Thesen mit dem Grundgesetz zu belegen, vermisst man eine Argumentation bei den Herren Nickel und Althainz völlig.

Ganz schlimm wird es bei Herrn Althainz: Dieser versucht, die Legitimation seiner Thesen, allein schon durch den Umstand herbeizureden, er sei schließlich auch mal „Berufssoldat“ gewesen.

„Soldaten werden dazu ausgebildet, andere notfalls umzubringen – oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken.“ (Wolfgang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, am 4.1.2010; zitiert nach IMI-Ausdruck 2/2010).

Und ich füge hinzu, Soldaten sind nicht dazu da, zur Weihnachtszeit Geschenke an Kin-

der zu verteilen und damit ihr Tun zu verharmlosen.

Die Thesen Karin Schwalm's („Die Bundeswehr gehört nicht in die Mitte der Gesellschaft. Sie gehört aufgelöst. Friedenspolitik gehört zivil organisiert.“) werden auch plausibel angesichts des folgenden Zitats des Verteidigungsministers de Maizière vom 26.10.2011:

„Die Bundeswehr muss in der Lage sein, im gesamten Intensitätsspektrum zu wirken. Dazu gehört auch der Kampf. Die Bundeswehr ist keine Armee der Brunnenbohrer, und sie ist auch kein gepanzertes Technisches Hilfswerk. [...] Militärische Mittel sind ‚äußerstes‘, nicht erst ‚letztes‘ Mittel.“ (Zs. f. Internationale Politik Nr. 6, 2011, S. 10ff.)

Ich gehöre genau wie Karin Schwalm dem Friedenspolitischen Gesprächskreis im DGB

Marburg-Biedenkopf, Bündnis „Nein zum Krieg“, an.

Ich habe Frau Schwalm als kompetente, integre und nette Frau kennengelernt. Diese Person taugt nicht für irgendwelche Beschimpfungen. Wir alle sollten uns freuen, dass Karin Schwalm mit ihren Thesen eine solche Resonanz in der Öffentlichkeit erzeugt hat. Diesen Thesen begegnet man nicht mit wüsten Beschimpfungen.

Ich lade die oben genannten Personen deshalb zu der nächsten Sitzung des Friedenspolitischen Arbeitskreises im DGB recht herzlich ein. „Thema: Die Bundeswehr gehört nicht in die Mitte der Gesellschaft.“ Sie gehört aufgelöst. Eine sachliche Diskussion tut not.

Ferdinand Hareter,  
Niederweimar

# Wozu eine Bundeswehr?

Zu der Forderung nach Auflösung der Bundeswehr im Leserbrief von Ferdinand Hareter vom 21.1.2020:

In einem Leserbrief vom 21. Januar 2020 verteidigt ein Mitglied des „Friedenspolitischen Arbeitskreises des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ die Forderung eines anderen Mitglieds, Karin Schwalm, wonach die Bundeswehr „aufgelöst gehöre“ und Friedenspolitik „zivil“ zu „organisieren“ sei.

Jeder, der Krieg erlebt hat, weiß, dass Kriege etwas Schreckliches sind. Kriege und den Einsatz von Gewalt nach Möglichkeit zu verhindern, sollte daher zentrales Ziel jeder Politik sein. Andererseits gibt es Situationen, in denen die Beibehaltung hinreichend starker militärischer Kräfte oder unter Umständen nur ihr Einsatz, Schlimmeres zu verhüten mag.

Dafür – aus Gründen der Kürze – nur zwei Beispiele. Als nach dem Überfall Hitlers auf Polen Frankreich und Großbritannien Deutschland mit Wirkung vom 3. September 1939 den Krieg erklärten, um der weiteren Ausbreitung der nationalsozialistischen Barbarei entgegenzutreten, konnte dieses Ziel nur noch unter größten Opfern erreicht werden. Tatsächlich hätten sie viel früher handeln müssen, insbesondere 1936 als Hitler unter Bruch des Locarno-Vertrages deutsche Truppen ins entmilitari-

sierte Rheinland einmarschieren ließ. Hitler hat später in seinen Tischgesprächen geäußert, dass er damals größte Sorge gehabt hätte, Frankreich würde militärisch reagieren, was ihn bei seiner damaligen Schwäche zum Rückzug genötigt und eine dauerhafte Schwächung eingebracht hätte. Doch es blieb bei papierenen Protesten – auch aufgrund einer starken pazifistischen Strömung im Lande. Das zweite Beispiel betrifft die Ukraine. Dass Russland unter Bruch von gleich vier völkerrechtlichen Verträgen, in welchen es die Integrität des ukrainischen Staatsgebietes garantiert hatte, die Krim besetzte und mit Hilfe einer Separatistenbewegung die Donezkgebiete abspaltete, war nur möglich, weil die Ukraine schwach und kein Teil eines mächtigen Militärbündnisses wie die NATO war.

Wer sich in der heutigen Welt umschaute muss erkennen, dass noch immer der antike griechische Geschichtsschreiber Thukydides Recht mit seiner Mahnung: „Recht und Gerechtigkeit gibt es nur zwischen gleich Starken, sonst tut der Starke, was er will und der Schwache erleidet, was der muss“.

Wer sich lieber unterwerfen lassen möchte, sollte wissen, dass er dann, ohne gefragt zu werden, unter Umständen gezwungen wird, Soldat zu werden, wenn er nicht eine Art von Martyrium auf sich nehmen will.

Dr. Ruprecht Kampe,  
Marburg